Bezugsgebühr
Vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Die Annahme von Anzeigen für die nächste Nummer erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle, Marienstr. 38, in den Annoncenexpeditionen bis Abends 6 Uhr, Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11–½1 Uhr Mittags.
Anzeigentarif.
Die zweispaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 15 Pf. Anzeigen auf der Privatseite Zeile 20 Pf.; Doppelzeile „unter Strich" (Eingesandt) 40 Pf. Grundzeile für Montags oder nach Festtagen 20 Pf., für Familiennachrichten ꝛc. bis 20 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Belegblätter werd. m. 10 Pf. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 3096.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen!!
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Dresden, Altmarkt 2.**

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden

Photographische **Apparate**
in reichster Auswahl bei
Emil Wünsche
Moritzstr. 20
(Ecke Gewandhaus-, Nähe König-Johannstrasse).
Fabrik: **Reick** bei **Dresden.**
Filialen:
Leipzig, Berlin, Frankfurt a. M., Bodenbach i. B.
Ausführlicher Catalog nach auswärts gegen 20 Pfg. in Briefmarken.

Atelier für feine **Corsets** nach Maass.
Grosses Lager von **Paris** und **Brüssel.**
Heinrich Plaul
Hoflieferant
Wallstr. 25

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

WEIN-Handlung
-Stuben
Portikus a. d. Markthalle
Max: Kunath
Wallstr. 8

Mit **Rückgratsverkrümmung** Behafteten halte meine nach den Grundsätzen der Wissenschaft construirten **Supporter-Corsets** empfohlen.
Carl Wendschuch, Bandagist und Königl. Hoflieferant, **Struvestr. 11.**

Nr. 298. Spiegel: Welfische Bestrebungen. Hofnachrichten. Elektr. Straßenbahn. Konfektionsarbeiterinnen. Gesammtrathssitzung. Gerichtsverhandlungen. „Veilchenfresser". | Muthmaßliche Witterung: Unverändert. | **Mittwoch, 27. Oktober 1897.**

Politisches.

So oft einst vor Jahrhunderten durch Deutschlands Gauen der schrille Kampfesruf: Hie Welf, hie Waiblingen! scholl, war es übel um des Kaisers Regiment und des Reiches Ansehen bestellt. Und wenn in der Gegenwart, seit der Entlassung des Fürsten Bismarck, immer wieder welfische und andere partikularistische Strömungen an die Oberfläche kommen, so ist dies in erster Linie als ein Symptom der dauernden Unzufriedenheit und Mißstimmung über die Art anzusehen, wie die Reichspolitik geführt wird. Der Herzog von Cumberland pflegte sonst Sympathiebezeugungen seiner welfischen Anhänger höflich, aber kurz zu beantworten; jetzt hat er sich, offenbar unter dem Eindrucke, daß die welfischen Agitationen wieder erfolgverheißender zu werden beginnen, für verpflichtet gehalten, der neu gestärkten Hoffnung Ausdruck zu geben, daß die Wiederherstellung der welfischen Herrschaft gelingen werde. Gleichzeitig kommen neuerdings aus Altbayern fortgesetzt Kundgebungen, die darauf schließen lassen, daß dort der preußenfeindliche, antinationale Partikularismus eine beachtenswerthe Neubelebung erfahren haben muß. Das hängt zweifellos mit den allgemeinen politischen Zuständen im Reiche zusammen. Die Stimmungen, die man neuerdings unter „Reichsverdrossenheit" zusammengefaßt hat, wurzeln nicht so sehr in einer zunehmenden Abneigung gegen den Reichsgedanken, als vielmehr hauptsächlich in dem Unbehagen, den das Fehlen einer festen sturmerprobten Hand am Steuerruder des Reiches und die statt dessen empfundene Unzuverlässigkeit und Unberechenbarkeit des herrschenden Zickzackkurses erzeugt haben. Je mehr das zu Bismarck's Zeiten festgewurzelte Vertrauen zur Reichsleitung zu schwinden droht, um so mehr suchen allenthalben die centrifugalen Regungen und Einflüsse sich Geltung zu verschaffen.

Das „Braunschweiger Tageblatt" setzt auseinander, daß noch lange nach 1866 von Sympathien für die jüngere Welfenlinie, die einst berufen erschien, die Geschicke des Herzogthums Braunschweig zu lenken, nirgends eine Spur zu finden gewesen sei. Zwar habe nach dem Tode des Herzogs Wilhelm das schneidige Vorgehen des damaligen preußischen Brigadekommandeurs von Hilgers etwas stutzig gemacht, aber von der Gefahr eines politischen Pronunciamentos für die jüngere Welfenlinie konnte nicht entfernt die Rede sein. So blieb die Stimmung weiter auch während der ersten Jahre der Regentschaft. Erst ganz allmählich, mit der Erkenntniß, daß nicht Alles so geblieben sei, wie es gewesen, entwickelte sich eine gewisse Unzufriedenheit, die dann weitere Dimensionen annahm, „als nach dem Tode der beiden ersten Kaiser der politische Kurs, den man Zickzackkurs getauft hat, mit seinen Schwankungen und seltsamen Bethätigungen auflam". Das erwähnte Braunschweiger Blatt hebt andererseits die Gefahren hervor, die aus der Herstellung eines welfischen Thrones in Braunschweig entstehen würden. In diesem Falle würde gewiß ein erheblicher Theil des hannover'schen welfisch gesinnten Adels der Verlockung nicht widerstehen können, sich in den engeren Strahlenkreis der langentbehrten höfischen Sonne zu begeben, und es würde damit in Braunschweig eine Invasion von hannover'schem Adel stattfinden, der das gesammte staatliche und außerstaatliche Leben im antinationalen Sinne beeinflussen würde. Auch das Organ des Fürsten Bismarck hat gegenüber der neuesten Kundgebung des Herzogs von Cumberland darauf hingewiesen, daß sich ein welfischer Hof in Braunschweig sofort zum Krystallisationspunkte für alle welfischen, sowie verwandten Umtriebe ausbilden würde. Es gilt auch heute noch, was Fürst Bismarck in dem am 20. Mai 1885 an den Bundesrath gerichteten Antrage in Betreff eines welfischen Regiments in Braunschweig gesagt hat: „Der Herzog von Cumberland würde in seiner benachbarten Residenz nicht wohl im Stande sein, Verbindungen und Zumuthungen abzuwehren, welche den inneren Frieden des Reiches in Frage stellen. Unter diesen Umständen würde, auch wenn das Recht des Herzogs zur Succession ein prinzipiell unbestrittenes wäre, die Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig und die damit verbundene Betheiligung an der Reichsregierung politisch unzulässig sein, weil die innere Sicherheit des Reiches damit gefährdet würde."

Das sicherste Mittel, solchen Gefahren vorzubeugen, würde zweifellos darin bestehen, das in Braunschweig herrschende Provisorium zu beseitigen und dort einen endgiltigen Regierungszustand zu schaffen. Die Braunschweiger Bevölkerung hat einen berechtigten Anspruch, endlich zu erfahren, welche Zukunft ihr beschieden ist. Je länger die Ungewißheit über das dereinstige Geschick Braunschweigs währt, desto lebhafter werden die Bemühungen Derer, die in der Thronfolge des Herzogs von Cumberland oder seines Sohnes, des Prinzen Georg Wilhelm, das Heil der Zukunft erblicken. Vor längerer Zeit tauchte die Meldung auf, sowohl der Kaiser wie der Herzog von Cumberland seien einem Ausgleiche nicht abgeneigt; der Herzog sollte angeblich gewillt sein, seine Hoffnung auf Hannover aufzugeben, um seinem Sohn den Weg nach Braunschweig zu ebnen. Kaiser Wilhelm, hieß es weiter, nehme zu der braunschweigischen Frage eine freundlich abwartende Stellung ein; schon bei der Regelung des Welfenfonds habe er viel Entgegenkommen gezeigt und er würde gern bereit sein, das letzte noch im Groll mit Preußen lebende depossedirte Fürstenhaus zu versöhnen. Man sollte meinen, daß die Sprache, welche die Welfen bei jeder Gelegenheit führen, allen betheiligten Faktoren die Augen öffnen und sie überzeugen müßte, daß es durchaus unzulässig sei, die Errichtung eines welfischen Thrones zu gestatten. Diejenigen, die diesen Plan für erörterungsfähig erachten, stützen sich zumeist darauf, daß durch den Regierungsantritt eines welfischen Prinzen und die selbstverständliche feierliche Verzichtleistung auf Hannover den Umtrieben der Welfenpartei in dieser preußischen Provinz ein Ende gemacht werden würde. In Wahrheit würde aber die Nachgiebigkeit gegen die welfischen Ansprüche auf Braunschweig nicht das Geringste an der Haltung der hannoverschen Welfen ändern, diese würden vielmehr — das ist, wie bereits bemerkt wurde, die Ansicht aller nationalen Politiker — in einer in Braunschweig eingesetzten welfischen Regierung einen neuen Stützpunkt suchen und finden. Mit der Verzichtleistung auf Hannover würden der Herzog von Cumberland und sein Sohn noch keineswegs die sichere Gewähr bieten, daß sie rückhaltlos zu Kaiser und Reich stehen und nicht dulden wollten, daß Braunschweig eine Zufluchtsstätte und ein Tummelplatz reichs- und preußenfeindlicher Bestrebungen werde; im Gegentheil wäre zu befürchten, daß für die welfische Familie und für deren Partei in Hannover der braunschweigische Herzogsstuhl nur eine Stufe zum hannoverschen Königsthron bedeutete. Der „Verzicht" auf Hannover würde wahrscheinlich von der welfischen Familie und deren Anhängern immer nur als erzwungen angesehen werden; im gegebenen Augenblicke würde er deshalb für null und nichtig betrachtet werden.

Der Bundesrath hat nach dem Tode des Königs Georg, als der Herzog von Cumberland Ansprüche auf Hannover geltend machte, in seinem Beschlusse sich lediglich an die thatsächliche Lage der Dinge gehalten, indem er als „Ueberzeugung der verbündeten Regierungen" aussprach, „daß die Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig, da derselbe sich in einem dem reichsverfassungsmäßig gewährleisteten Frieden unter Bundesgliedern widerstreitenden Verhältnisse zu dem Bundesstaate Preußen befindet und im Hinblick auf die von ihm geltend gemachten Gebietstheile dieses Bundesstaates, mit den Grundprinzipien der Bündnißverträge und der Reichsverfassung nicht vereinbar sei". Da das „Verhältniß zu dem Bundesstaate Preußen" seitdem unverändert geblieben ist und sich der Herzog von Cumberland auch nicht zu einem vorbehaltlosen Verzicht auf Hannover zu entschließen vermag, so wäre es jetzt endlich Zeit, die Möglichkeit eines welfischen Thrones in Braunschweig ein für alle Mal zu beseitigen und damit dort Raum für die Herbeiführung einer endgiltigen Regierung zu schaffen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 26. Oktober.

* Wien. Abgeordnetenhaus. Der Generalredner für den Abgeordneten Fournier bespricht die Vorfälle in Eger und sagt: Die Deutschen in Oesterreich sind stolz auf die Sympathien der großen deutschen Nation, aber auch so stolz, diesen Kampf allein ohne fremde Hilfe auszufechten; sie werden hierbei nur zu gesetzlichen Mitteln greifen. Die Opposition der Deutschen sei nicht nur eine nationale, sondern auch eine staatserhaltende. (Beifall links). Nachdem der Antragsteller Dr. Fischer das Schlußwort gehalten, sowie nach einer Reihe thatsächlicher Berichtigungen nahm das Haus mit 172 gegen 145 Stimmen den Antrag Stransky, auf einfachen Uebergang zur Tagesordnung über die Anklageanträge, an. Nächste Sitzung morgen. In dem am Schlusse der Sitzung verlesenen Einlaufe befindet sich ein Antrag des Sozialdemokraten Dr. Verkauf und Genossen, auf Versetzung des Gesammtministeriums in Anklagezustand wegen der Nothverordnung betreffend die Zuckerprämien.

* Tambow. Im Dorfe Khmelew (Bezirk Kozlow) erscholl in der Kirche während des Nachmittags-Gottesdienstes der Ruf „Feuer!" Bei der hierauf entstandenen Panik wurden 54 Personen getödtet und 80 verwundet.

Berlin. Der „Reichsanzeiger" theilt amtlich mit, daß der Kaiser dem Fürsten Bismarck, Herzog von Lauenburg, die Erlaubniß zur Anlegung des ihm verliehenen Königl. Siamesischen goldenen Familienordens 1. Klasse und des Sternes des 1. Ordens von Aethiopien ertheilt hat. — Der Kaiser hat zum Bau einer neuen Kirche in Wilhelmshaven 200,000 Mark beigesteuert. — Die in der Presse laut gewordenen Vermuthungen, wonach der Großherzog von Baden die Absicht gehabt hätte, Differenzen auszugleichen, die bei dem kurzen Zusammensein des deutschen und des russischen Kaisers in Wiesbaden und Darmstadt entstanden wären und wonach der zu diesem Zwecke beabsichtigte Besuch des Großherzogs abgelehnt worden wäre, sind, wie die Abendblätter zuverlässig erfahren, vollkommen grundlos. Es sind keine Differenzen entstanden und es kann somit auch von der Ausgleichung solcher keine Rede sein. Es scheint, schreibt die „Nat.-Ztg.", daß der Anlaß zu dem bedauerlichen Zwischenfall in Gegensätzen hoher Damen zu erblicken ist, wobei einander deutsch-badische und englisch-hessische Stimmung gegenüberstehen. Es wäre aber zu wünschen, bemerkt das Blatt weiter, daß ein derartiger Damenkrieg nicht Formen annimmt, welche peinliche Empfindungen im deutschen Volke hervorrufen müssen. Der Empfang des Reichskanzlers beim Czaren am Sonnabend hatte mit der Angelegenheit nichts zu schaffen. Von anderer Seite wird mitgetheilt, daß der ganze peinliche Zwischenfall auf eine seit längerer Zeit bestehende tiefe Verstimmung zwischen dem hessischen und badischen Hofe zurückzuführen sei und daß von hessischer Seite die Antwort des Czaren direkt beeinflußt, um nicht zu sagen veranlaßt worden sei. Bei dem Czaren soll sogar die Absicht bestanden haben, in Baden-Baden den Besuch zu erwiedern, den das großherzoglich badische Paar im vorigen Jahre dem Czaren und der Czarin in Darmstadt abgestattet hatte; aber auch diese Absicht sei unausgeführt geblieben.

Berlin. Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe hat sich von Darmstadt nach Baden-Baden begeben, wohin der großherzoglich badische Hof in diesen Tagen wieder zurückgekehrt ist. Es verlautet hier, daß der gestrige Besuch des Reichskanzlers bei dem Großherzog von Baden auf Wunsch des Kaisers erfolgt sei und daß es sich dabei um innerpolitische Angelegenheiten handelte. — Zu der Nachricht, daß außer Preußen auch noch ein anderer Bundesstaat Bedenken gegen die Oeffentlichkeit des militärischen Verfahrens bei der Militärstrafprozeßordnung geltend gemacht habe, wird der „Post" mitgetheilt, daß es die Regierung des Königreichs Sachsen sei, von welcher starke Bedenken erhoben worden seien. Weiter wird dem Blatte mitgetheilt, daß erst in den nächsten Tagen die Entscheidung darüber fällt, ob dem Reichstage in der bevorstehenden Session der Entwurf einer neuen Militärstrafprozeßordnung zugehen wird.

Berlin. Wie aus Darmstadt gemeldet wird, sind der Prinz und die Prinzessin von Schaumburg-Lippe, von dem Großherzog und der Großherzogin zum Bahnhof geleitet, heute nach Baden-Baden abgereist. — In der „Berl. B.-Ztg." war behauptet worden, mehreren Eisenbahn-Direktoren wäre von der zuständigen Militärbehörde in aller Form mitgetheilt worden, daß bei eintretender Mobilmachung der gesammten Armee der derzeitige Wagenpark schlechterdings nicht ausreichen würde, um die Truppen mit den Pferden u. s. w. nach dem von den Linienkommissionen bearbeiteten Fahrplan rechtzeitig zu befördern. Die „Nordd. Allg. Ztg." konstatirt offiziös, daß davon an der zuständigen Stelle nicht das Mindeste bekannt sei. — Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht Bekanntmachungen über die wechselseitige Berufung der Angehörigen des Deutschen Reiches und Rußlands von der ihnen als Ausländern in Rechtsstreitigkeiten obliegenden Verpflichtung zur Sicherheitsleistung, Vorschußzahlung und Gebührenentrichtung, sowie betreffend den Beitritt Rumäniens zu der in Dresden abgeschlossenen internationalen Cholerakonvention. — Die Abberufung des bisherigen preußischen Gesandten am großherzoglich sächsischen Hofe und bei den thüringischen Höfen Geh. Rath Raichdau behufs anderweitiger dienstlicher Verwendung wird vom „Staatsanzeiger" veröffentlicht.

Hamburg. Heute fand die Feier der Eröffnung des neuen Rathhauses im Festsaale desselben statt. Bürgermeister Dr. Versmann nahm vom Vorsitzenden der Rathhausbaukommission die goldenen Rathhausschlüssel entgegen. Die Stadt trägt festliches Gepräge.

Köln. Der „Köln. Ztg." wird aus Darmstadt gemeldet, in Bezug auf die Karlsruher Veröffentlichung höre man, daß bereits Schritte geschehen seien, welche jede Mißstimmung beseitigen könnten. Vielleicht hängt hiermit zusammen, daß Prinz Adolf von Schaumburg-Lippe heute Vormittag nach Baden-Baden abgereist ist. Der Oberhofmarschall v. Westerweller hatte heute Vormittag eine längere Besprechung mit dem Grafen Murawiew und dem General v. Richter. Graf Murawiew wurde darauf vom Czar empfangen.

Görlitz. Die Weberei und Garn-Ausgabe der Hoftuchfabrik von Richter zu Muskau ist mit sämmtlichen Maschinen niedergebrannt. Der Schaden ist sehr bedeutend. Zahlreiche Arbeiter sind brotlos geworden.

Frankfurt a. M. Zu der Aufsehen erregenden Meldung der „Karlsr. Ztg." erfährt der Korrespondent der „Frankf. Ztg." aus Darmstadt, der Besuch des Großherzogs von Baden sei abgelehnt worden, weil dadurch die längst festgesetzten Reisedispositionen des Czaren umgeworfen worden wären. Dem Besuche hätte ein Gegenbesuch folgen müssen, wozu die Zeit nicht mehr ausreiche, da die Abreise am Freitag erfolgen müsse. Die Form der Ablehnung sei nicht so schroff zu nehmen, wie sie nach der „Karlsr. Ztg." erscheine. Wäre der Besuch schon seit langer Zeit vorbereitet und angekündigt gewesen, so hätte der Czar den Großherzog mit Freuden empfangen. Gründe der Familienpolitik lägen nicht vor.

Erfurt. Der Assistenzarzt Dr. Siering stürzte hier beim Reiten und war sofort todt.

Aachen. Steinfelderhütte bei Kall i. d. Eifel steht in Flammen. Infolge Wassermangels wird das Niederbrennen des ganzen Ortes befürchtet.

Mühlhausen (Thür.). Das erst im vorigen Jahre erbaute Hotel Schwanenteich ist in der vergangenen Nacht vollständig niedergebrannt.

München. Bei der heutigen Fortsetzung der Generaldebatte zum Militäretat im bayerischen Abgeordnetenhause bemerkte Abg. v. Vollmar, Bayerns mindester Anspruch an eine Reichsmilitärstrafprozeßordnung müßte die Erhaltung seiner bisherigen Militärstrafprozeßordnung sein. Es solle die bayerische Regierung im Bundesrathe ihre ganze Kraft dafür einsetzen. Der Kriegsminister v. Asch erwiderte, daß die bayerische Regierung den obersten bayerischen Militärgerichtshof als ein durch die Versailler Verträge begründetes Reservatrecht ansähe, wie Finanzminister v. Riedel schon 1887 Namens der bayerischen Regierung erklärt habe und daß sie heute noch auf diesem Standpunkt stehe und daran festhalte.

Wien. Abgeordnetenhaus. Vom Vicepräsidenten Abrahamowicz wurde ein Schreiben des Präsidenten Dr. Kathrein veröffentlicht, worin dieser anzeigt, daß er die Präsidentenstelle niederlegt. Dem Briefe war kein Wort der Begründung beigefügt. Der Verlesung folgte ungeheure Bewegung im ganzen Hause, das von dem Rücktritte Kathrein's vollständig überrascht wurde. Dr. Kathrein that diesen Schritt, wie verlautet, weil er die ihm zugemuthete Handhabung der Geschäftsordnung nach Weisung des Vollzugs-Ausschusses der Rechten entschieden ablehnte. Sowohl die Führer der Mehrheit, als auch die Regierung drangen wiederholt in ihn, die Obstruktion mit den schärfsten Mitteln zu bekämpfen. Statt dessen schloß Kathrein Kompromisse mit den Linken über Sitzungsdauer und Arbeitseintheilung ab, was bei der Rechten Entrüstung erregte. Dr. Kathrein soll wiederholt, als man ihm vorhielt, er besorge die Geschäfte der Obstruktion, erwidert haben: „Ich bin ein Deutscher und will meinen Volksgenossen kein Unrecht thun." Da die Rechte einen neuen Feldzug gegen die Obstruktion plant, entschloß sich Kathrein, die Präsidentenstelle niederzulegen. Sein Nachfolger soll Dr. Ebenhoch werden. Lüder und Gen. brachten eine Interpellation an den Ministerpräsidenten Grafen Badeni ein wegen der gestrigen Rede des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Banffy, aus welcher geschlossen werden könne, daß die ungarische Regierung eventuell Willens sei, einseitig die Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn zu regeln. Bei der weittragenden Bedeutung dieser Erklärung wünschten die Interpellanten zu wissen, welche Maßnahmen die Regierung zu treffen gedenke, wenn das Ausgleichsprovisorium im verfassungsmäßigen Wege nicht zur Erledigung gelangen sollte. Abg. Groß (deutsch. Fortschrittsp.) brachte einen Antrag ein, das Gesammtministerium in Anklagezustand zu versetzen wegen der Verordnung vom 24. August, betr. die Verlängerung des Zuckersteuergesetzes. Hierauf beantragte die Linke namentliche Abstimmung über eine Petition. Das Haus ging zur Tagesordnung über, nämlich der Verhandlung über den Antrag auf Versetzung der Minister in Anklagezustand wegen der Vorgänge in Eger.

Triest. Sämmtliche Magazinarbeiter und Lastträger der hiesigen Spediteure haben die Arbeit eingestellt, weil ihnen eine 30prozentige Lohnerhöhung, Verkürzung der Arbeitszeit und andere Zugeständnisse verweigert wurde. Die Güterbeförderung zur Eisenbahn sowie zum Schiffe mußten größtentheils eingestellt werden. Die Ruhe ist bisher nicht gestört.

Paris. Die Zollkommission berieth einen Antrag, nach welchem der Zoll auf Butter und Margarine abgeändert werden soll und setzte den Margarinezoll auf 35 Francs im Allgemein-Tarif und auf 25 Francs im Minimal-Tarif fest; den Zoll für Butter auf 30 Francs im Allgemein-Tarif und auf 20 Francs im Minimal-Tarif.

Wasche mit Grosser's Waschstein!
Gesetzlich geschützt, Garantirt chlorfrei, bestes, im Gebrauch billigstes Waschmittel für Wäsche etc. Ueberall zu haben! Stück 10 Pf. E. H. Grosser, Dresden.